

Viel Geld, wenig Kapital

Die Notenbanken teilen den Kreditinstituten Rekordsummen zu, doch die geben die Milliarden nicht weiter. Der Wirtschaft droht eine Kreditklemme – während die Banken mit dem Geld glänzende Geschäfte machen.



Skyline von Frankfurt am Main

FRANK DARCHINGER

Schlechte Presse sind die Banker in diesen Tagen gewohnt, Politikerschelte auch. In der vergangenen Woche gab es mal wieder beides, und das nicht zu knapp.

„Banken bunkern Geld“ titelte die „Financial Times Deutschland“. „Bild“ prangerte in großen Lettern die „Unverschämtheit Dispo-Zinsen“ an, und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner wettete: „Es kann nicht sein, dass die Finanzwirtschaft Leitzinssenkungen erst nach Monaten weitergibt – Leitzinserhöhungen aber bereits nach Tagen.“

Hintergrund der jüngsten Attacken: Die Leitzinsen sind auf historischem Tief, die Notenbanken drücken Geld in den Markt wie nie zuvor, allein in der vergangenen Woche teilte die Europäische Zentralbank (EZB) 1100 Instituten die Rekordsumme von 442 Milliarden Euro zu. Der Zinssatz: ein läppisches Prozent.

Dennoch kommt das Geld nicht da an, wo es hin soll – bei Unternehmern und Verbrauchern, jedenfalls nicht zu vernünftigen Zinsen.

Stattdessen kämpfen viele Firmen ums Überleben, weil ihre Kredite nicht verlängert werden. Und die Bürger erzürnt, dass sie für ihren Dispo immer noch einen zweistelligen Zinssatz bezahlen sollen.

Der Verdacht liegt nahe: Die Banken legen das billige Geld, das sie von der Zentralbank geliehen bekommen, lieber sicher

an, etwa in Bundesanleihen mit einer Rendite von 2,5 Prozent, als es Unternehmen zu geben, deren Geschäftsaussichten mitten in der Rezession eher trübe sind. Und sie bereichern sich an ihren Kunden, die wegen der Krise ihr Konto überziehen müssen.

Machen die Banken also Geschäfte mit der Krise – zu Lasten der Bürger, denen sie doch das eigene Überleben verdanken?

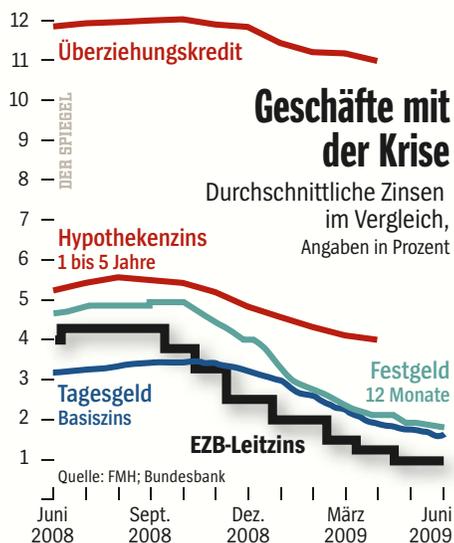
Es ist fast zwei Jahre her, dass die Finanzkrise in Deutschland mit der dramatischen Rettung der IKB Deutsche Indu-

striekreditbank begann. Weltweit hatten sich diese und viele weitere Banken verspekuliert, sie hatten Milliarden, ja Billionen in neue, angeblich sichere Papiere investiert, die tatsächlich nur neu verpackte und verbrieft Kredite minderbemittelter Schuldner enthielten. Als die Blase platzte, stand die Finanzwelt vor dem Kollaps.

Wenn der Staat nicht eingesprungen wäre – mit Summen, die bis dahin unvorstellbar waren –, gäbe es die meisten Geldhäuser heute nicht mehr. 760 Milliarden Euro an Garantien und Eigenkapitalhilfen umfasst der Rettungsschirm des Bundes, am zweitgrößten deutschen Kreditinstitut, der Commerzbank, musste sich der Staat direkt beteiligen. Um die Folgen für die Realwirtschaft zu begrenzen, legte die Regierung zudem milliardenschwere Konjunkturprogramme auf.

Die Rechnung für den Steuerzahler ist jedenfalls gigantisch: 86 Milliarden Euro muss sich der Bund im kommenden Jahr leihen – statt sechs, wie vor der Krise eigentlich geplant. Politiker, aber auch Notenbanker, Unternehmer und vor allem die Bürger erwarten eigentlich eine Gegenleistung: eine funktionierende Geldwirtschaft – und billige Kredite.

Zumal die Banken das Schlimmste überstanden zu haben scheinen. In den USA kauften viele den Staat, der sich ihnen als Anteilseigner aufgezwängt hatte, wieder heraus, nach den Rekordverlusten im ver-



gangenen Jahr meldeten viele Institute für die ersten Monate dieses Jahres stattliche Gewinne, und die Kurse der Bankaktien, die im Januar auf Tiefstände gesunken waren, haben sich seither wieder verdoppelt.

Und doch droht sich die Wirtschaftskrise weiter zu verschlimmern, weil die Kreditwirtschaft nicht so funktioniert, wie sie funktionieren sollte – und nach Meinung der Verantwortlichen in der Politik auch schon funktionieren müsste.

Ministerin Aigner hat ihre Beamten beauftragt, das Verhalten der Geldhäuser genau zu prüfen und zu dokumentieren. Die Ergebnisse will sie der Öffentlichkeit vorstellen. In ihren Augen bewegen sich Banken, wenn sie Leitzinssenkungen nicht weitergeben, auch auf juristisch gefährlichem Terrain. Sie beruft sich dabei auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom April, dem zufolge Banken nicht nach eigenem Ermessen variable Zinsen und Gebühren festlegen können.

Selbst Bundesbank-Chef Axel Weber setzt auf öffentlichen Druck. Er weiß, dass die Institute in den vergangenen Wochen und Monaten ihre Anforderungen an die Bonität von Kreditnehmern stetig erhöht haben. Und er weiß, dass das viele Geld, das sich die Banken von der EZB borgen, nicht bei den Unternehmen und Bankkunden ankommt.

Öffentlichkeitswirksam forderte er die Institute auf, die Zinssenkungen weiterzugeben. Ansonsten „werden die Notenbanken die Banken umgehen müssen und die Wirtschaft direkt stützen“.

Das werden sie wohl müssen – wenn es der Politik nicht doch noch gelingt, den Finanzsektor wirklich zu stabilisieren. Denn tatsächlich ist die Bankenkrise noch lange nicht beendet, darüber können auch die aktuellen Gewinne und die steigenden Kurse nicht hinwegtäuschen.

Noch immer haben die Banken toxische Papiere in unvorstellbarem Ausmaß in ihren Bilanzen. Weltweit schätzt der Internationale Währungsfonds den Abschreibungsbedarf durch die Finanzkrise auf über 4 Billionen Dollar, tatsächlich wurden erst rund 1,5 Billionen wertberichtigt.

Neue, großzügigere Abschreibungsregeln haben das Problem zwar entschärft, gelöst haben sie es nicht. Und um eine wirkliche Lösung, die Einrichtung funktionierender Bad Banks, ringt die Regierung seit Monaten.

Bad Banks sind Gesellschaften, in die Banken ihre toxischen Wertpapiere auslagern können. Eine solche Entgiftung der Bilanz setzt Eigenkapital frei, das sonst als Risikopuffer gebunden ist. Und sie verhindert weitere Herabstufungen durch Rating-Agenturen, die dazu führen würden, dass ein noch größerer Puffer benötigt werden würde.

Doch als Gegenleistung setzte die SPD, aber auch Teile der CDU strenge Regeln

durch, die die Institute über Jahre hinweg knebeln, sollten sie die Hilfe annehmen. So müssen die Banken zehn Prozent des Buchwerts der ausgelagerten Wertpapiere unverzüglich an den Bund überweisen. Ausnahmen sind nur zugelassen, wenn die Kapitaldecke der Banken dadurch so stark beschnitten werden würde, dass sie im Wettbewerb keine Chancen mehr hätten.

Alle weiteren drohenden Verluste werden geschätzt und müssen über 20 Jahre abgestottert werden. Erst wenn der Gewinn höher ist als die Rate an den Bund, kann das Institut eine Dividende bezahlen. Eine Bank, die so eingeschränkt ist, kann sich am Kapitalmarkt jedoch auch kein Eigenkapital besorgen – und folglich auch nicht investieren. Im schlimmsten Fall fristete sie über Jahrzehnte ein komatöses Dasein.

Großzügigere Regeln waren politisch nicht durchzusetzen. Hilfen für Banken

Gegenleistung: Die betroffenen Ministerpräsidenten sollen endlich die längst überfällige Konsolidierung der Landesbanken vorantreiben. Doch die empfinden den Druck aus Berlin als unzumutbare Einmischung. Sie wollen deshalb die gesetzliche Erlaubnis, eigene Bad Banks zu gründen, deren Risiken aber weitgehend der Bund übernehmen soll.

Wie der Streit ausgeht, ist unklar. Sollte das Gesetz nicht kommen, muss der Bundestag in der Sommerpause zusammenkommen – um eine oder mehrere Landesbanken vor der Insolvenz zu retten.

So stehen viele Banken zwei Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise noch immer am Rande des Abgrunds – mit verheerenden Folgen für die reale Wirtschaft. Hans-Werner Sinn, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, sieht in der „Unterkapitalisierung des Bankensystems mit den hohen stillen Lasten, die noch nicht offengelegt sind“,



Bankchefs Ackermann, Blessing: *Gegen Kritik weitgehend immun*

sind unpopulär, zumal in Wahlkampfzeiten. Dass solche Hilfen weit Schlimmeres verhindern, ist schwer zu vermitteln, besonders wenn die Banken Gewinne ausweisen und ihre Aktien haussieren.

Noch stärker parteipolitisch geprägt ist derzeit das Ringen um eine Ergänzung des Gesetzes für die maroden Landesbanken. Ausgerechnet diese öffentlich-rechtlichen Institute haben sich in den Jahren des Booms mit jenen renditeträchtigen Papieren geradezu vollgesogen, die sich inzwischen als toxisch erwiesen haben. Müssten sie abgeschrieben werden, wären manche Institute und mit ihnen das jeweilige Bundesland, etwa Schleswig-Holstein, pleite.

Die Landesbanken brauchen eine Deponie für ihren Giftmüll deshalb besonders dringend. Und weil Finanzminister Peer Steinbrück das weiß, verlangt er eine

das Hauptproblem für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Egal wie viel zusätzliche Liquidität die Truppe um EZB-Präsident Jean-Claude Trichet in den Markt pumpt, das Eigenkapital der Banken bleibt ein begrenzender Faktor für die Kreditvergabe.

Die Kernkapitalquoten der deutschen Banken sind im Gefolge der Krise gesunken, doch viele scheuen sich, ihre Kapitalbasis mit Hilfe des staatlichen Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung Soffin zu stärken. Denn diese Hilfe ist mit harten Auflagen, unter anderem für das Gehalt der Banker, verbunden. Andere Länder, etwa die USA, gingen rigoros vor: Sie zwangen ihren Banken eine staatliche Kapitalzufuhr auf.

Eine Bank darf nur Geld ausleihen oder Kreditpapiere kaufen, wenn davon ein be-

„Großes Marktpotential“

Mitten in der Konsolidierungsdiskussion lässt die schwäbische LBBW eine nationale Expansionsstrategie erarbeiten.

Sie investierten in dubiosen Steuer-oasen, verloren Milliarden mit US-Ramschhypotheken und hängen jetzt am Tropf des Staates: Die deutschen Landesbanker haben ihren Ruf nachhaltig ruiniert. „Da hatten einige Bankmanager ihr Geschäft nicht im Griff“, wettert Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der das Geschäft des provinziellen Größenwahns früherer Zeiten nun endlich zurechtstutzen will. Ganz im Sinne der EU-Kommission drängt er auf die kompromisslose Zusammenlegung einzelner Institute.

Doch die Idee solcher Zwangsehen stößt vor allem in einem Bundesland auf Widerstand, in dem man laut Eigenwerbung alles zu können glaubt – außer Hochdeutsch. Nachdem der Landtag in Stuttgart vor wenigen Tagen den 12,7 Milliarden Euro teuren Rettungsschirm für die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) aufgespannt hat, geben ausgerechnet Steinbrücks lokale Parteikollegen neuerdings Durchhalteparolen aus.

„Wir müssen auch die Landesbank vor überstürzten Fusionen zu Lasten der Beschäftigten schützen“, trommelt SPD-Haushaltsexperte Nils Schmid für die Unabhängigkeit. CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger solle jetzt „den Elfmeter reinschießen“, den ihm der Landtag ermöglicht habe.

Da passt es gut ins Bild der schwäbischen Autonomiebewegung, dass auch die Führungriege von Deutschlands größter Landesbank heimlich mehr Tore schießen will – im Alleingang und vor der Haustür der Erzrivalen aus anderen Bundesländern.

Laut internen Dokumenten der Unternehmensberatung Roland Berger bastelt die gebeutelte LBBW mit dem „Ausbau Großkundengeschäft“ an einer nationalen Expansionsstrategie. Die Stuttgarter überlegen, wie sie künftig von A wie Adidas bis Z wie ZF Lenksysteme

jeden Konzern des Landes als Kunden gewinnen könnten. Nordrhein-Westfalen und Bayern bieten laut den Experten die fettesten Jagdreviere.

Der Geheimplan nimmt alle Unternehmen ins Visier, die mehr als eine halbe Milliarde Euro Umsatz machen. „Von 928 möglichen Zielkunden in Deutschland werden 204 bereits durch LBBW bedient – großes weiteres Marktpotential“, heißt es in einer Bestandsanalyse, die der Bank vor wenigen Tagen präsentiert wurde.

Intern gilt etwa die Geschäftsbeziehung mit Lufthansa als „Best-Practice-Beispiel“ für ein Expansionsmodell. Mit der Fluggesellschaft verdiente die LBBW vergangenes Jahr 3,2 Millionen Euro. Dort gebe es in der Projektfinanzierung und der Vermögensverwaltung „Potential, aber noch keinen Erfolg“.

Die Stuttgarter wollen den Rückzug der Auslandsbanken und die Fusion von Commerzbank und Dresdner nutzen, um in die Lücke zu springen.

Roland Berger lieferte zudem detaillierte Analysen von Branchenkon-

kurrenten wie Deutsche Bank, Bayerische Landesbank, HSH Nordbank und WestLB.

Von der dezimierten Konkurrenz und der Angst der Firmen vor der Kreditklemme versprechen sich die LBBW-Manager einen steilen Anstieg der Margen. Mit firmenadäquaten Finanzprodukten wie beispielsweise Währungsabsicherungen, Unternehmensanleihen, Vermögensverwaltung oder Exportfinanzierungen wollen die Banker ihre Provisionserlöse massiv steigern. Die Abhängigkeit vom reinen Zinsertrag soll dagegen sinken.

Laut Berger hat das Geschäft mit den Firmenkunden den enormen Vorteil, dass im Vergleich zu den Wachstumschancen ein „deutlich unterproportionaler Kernkapitalbedarf“ besteht. Die guten Bonitätsnoten der Großkonzerne nach der Krise würden es möglich machen. Geschäfte mit maroden Risikopapieren fressen dagegen deutlich mehr Kapital.

Herrscht in Stuttgart also schon wieder ein neuer Größenwahn? Wie will eine Bank expandieren, die mit Hilfe einer 5-Milliarden-Euro-Kapitalspritze und einer 12,7-Milliarden-Euro-Garantie vor dem Zusammenbruch bewahrt werden soll? Übernimmt der neue Bankchef Hans-Jörg Vetter blind die Projekte des Vorgängers Siegfried Jaschinski?

„Das sind reine Planspiele“, wiegelt ein Banksprecher ab. Angesichts der zu erwartenden Auflagen aus Brüssel stehe das nicht zur Diskussion.

Trotzdem lassen die Strategen in ihrem Sandkasten den Plan bereits erstaunlich genau ausarbeiten. Anfang Juli trifft sich der Lenkungsausschuss zur nächsten Sitzung. Thema: „Detaillierung Ertragspotential“.

Der Traum der Provinzbanker vom glamourösen Auslandsgeschäft scheint allerdings definitiv ausgeträumt. Eine interne Liste mit allen LBBW-Kunden in den USA und Großbritannien zeigt, wie erfolglos die Landesbanker dort in der Vergangenheit agiert haben.

Mit dem elf Milliarden Euro schweren Einzelhandelsriesen Marks & Spencer aus Großbritannien schafften die Schwaben im Jahr 2007 einen Erlös von nur 106 000 Euro. Beim US-amerikanischen Dialyse-Anbieter Davita waren es gar lediglich 74 000 Euro. Das dürfte kaum die Kosten für die Flüge der LBBW-Banker in der Business Class gedeckt haben. BEAT BALZLI



Landesbank-Chef Vetter
„Reine Planspiele“



LBBW-Zentrale in Stuttgart: „Den Elfmeter reinschießen“

stimmter Teil durch das Bankkapital unterlegt ist. Je unsicherer Kredit oder Kunde ist, umso mehr Eigenkapital muss die Bank dafür als Sicherheit zurücklegen.

Nun brechen die Bonitätsnoten von US-Ramschhypotheken oder Firmenkunden immer schneller weg. Die verpackten und verkauften Immobilienfinanzierungen aus den Armensiedlungen der USA verlieren oft auf einen Schlag ihren Wert.

Bei den Firmen zeichnet sich nun mit Verzögerung eine ähnlich desaströse Entwicklung ab. In Deutschland mussten laut der Wirtschaftsauskunftsdatei Creditreform bis jetzt 16 650 Unternehmen mit 250 000 Beschäftigten Insolvenz anmelden. Experten rechnen mit rezessionsbedingten Kreditausfällen von bis zu 170 Milliarden Euro bis Ende nächsten Jahres.

Die Wirkung auf die Bankbilanzen ist verheerend. Das ohnehin knappe Eigenkapital verdunstet oder wird blitzschnell gebunden – dank Basel II. So heißt das internationale Regelwerk, auf das sich die Banken im Jahr 2005 verständigt haben, Anfang 2007 trat es in Kraft.

Basel II wurde geschaffen, um die leichtfertige Kreditvergabe zu erschweren und Krisen zu verhindern. Jetzt verschärft es die Krise.

Die Geldhäuser können Kredite an Kunden, denen es gutgeht, mit weniger Kapital unterlegen als bei Kreditnehmern mit geringerer Bonität. Doch in der Krise verschlechtert sich die Zahlungsfähigkeit fast aller Kunden. Die Banken müssen deshalb im Abschwung immer mehr Eigenkapital bereitstellen, um die Anforderungen an bestehende Kredite zu erfüllen. Und das geht oft nur, indem sie auslaufende Darlehen nicht verlängern.

Wie brutal der Mechanismus funktioniert, zeigt die Berechnungsformel für ein Wertpapier, das auf eine Million Euro lautet und mit US-Hypotheken besichert ist. Vergibt die US-Agentur Moody's die Bestnote Aaa, muss die Bank für die Anlage nur 5600 Euro ihres Eigenkapitals reservieren. Sinkt die Note um zehn Stufen auf Ba1, sind es 200 000 Euro. Fällt das Rating auf B1, ist die ganze Million fällig. Bei Firmenkrediten gilt ein anderer Umrechnungsfaktor, die Logik bleibt dieselbe.

Seit Wochen schon laufen Politiker Sturm gegen diese Bilanzfesseln. Vorvergangenen Sonntag forderten die SPD-Fraktionschefs aus Hessen, Bayern und Baden-Württemberg einen zeitlich beschränkten Verzicht auf Basel II für Banken. Die Regeln verschärften die Probleme von Unternehmen, günstige Kredite zu erhalten, erklärten Thorsten Schäfer-Gümbel, Franz Maget und Claus Schmiedel.

In Berliner Regierungskreisen weiß man um die Brisanz des Themas. Aber man weiß auch, dass in Sachen Basel II ein nationaler Alleingang unmöglich ist.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) lotet derzeit Optionen aus, „den Kredit-

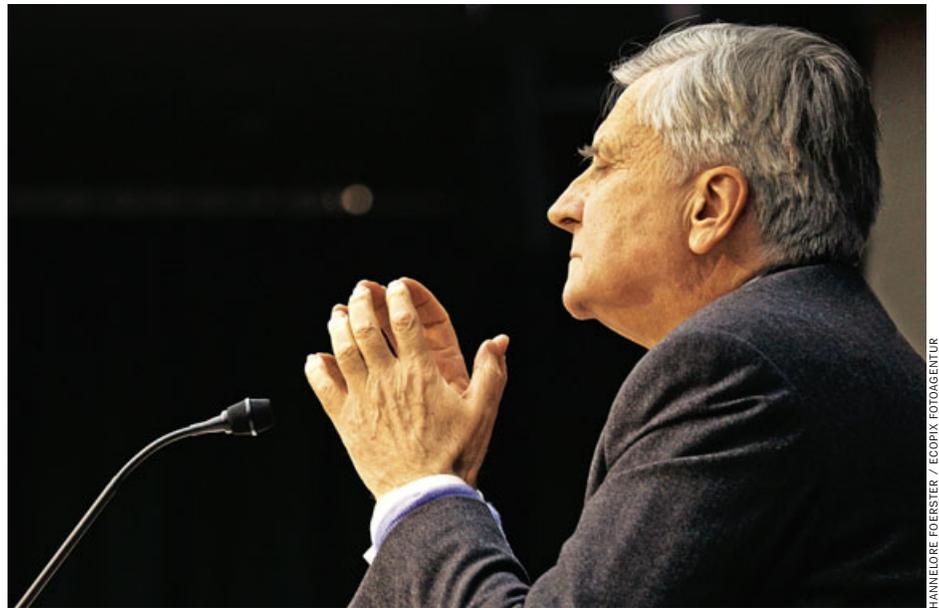
instituten in dieser schweren Wirtschaftskrise auch kurzfristige Erleichterungen bei den Eigenmittelanforderungen zu verschaffen“, heißt es in einem Brief an den hessischen Finanzminister Karlheinz Weimar von vorvergangener Woche. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die in Deutschland geltenden Eigenmittelanforderungen zum großen Teil auf internationale und europäische Vorgaben zurückgehen, „die kurzfristig nur schwer zu ändern sind“.

Weimar hatte Ende Mai Finanzminister Peer Steinbrück angeschrieben und auf ein spezifisch deutsches Bilanzproblem hingewiesen. Im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten werden in Deutschland

sogenannte Neubewertungsrücklagen mit dem Eigenkapital verrechnet. Solange die Börsen boomen und die Wertpapierportfolios hohe Renditen ausweisen, gibt es kein Problem. Die Rücklagen entwickeln sich positiv, die Kapitaldecke wächst beinahe von allein – und kein Banker beschwert sich.

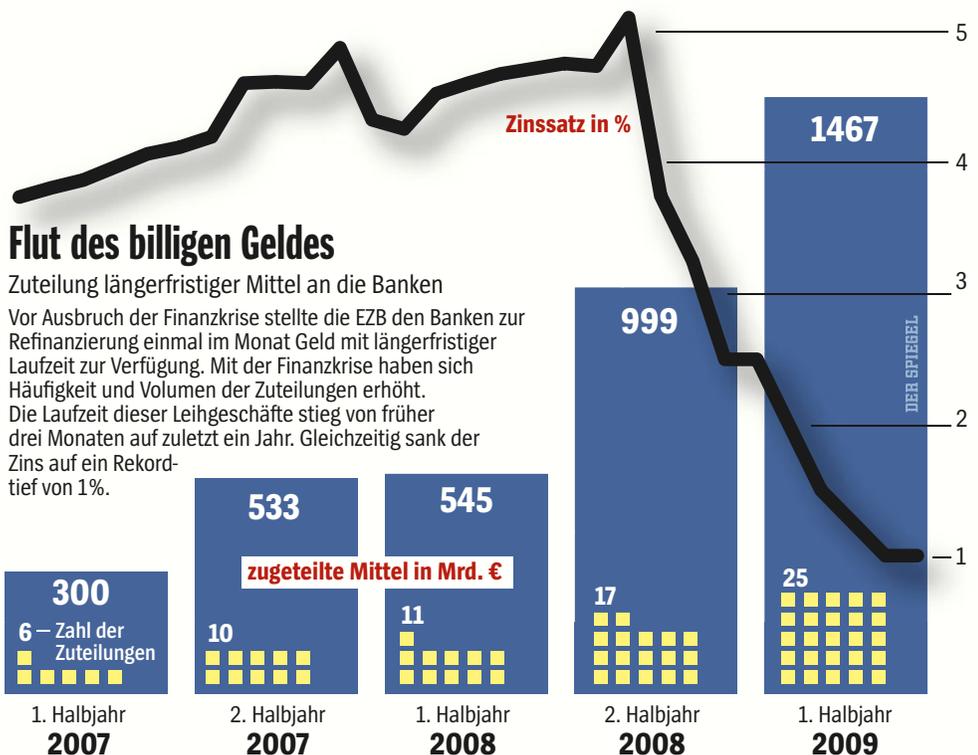
Doch jetzt müssen die Wertverluste entweder über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung abgebucht werden. Oder die Neubewertungsrücklagen schmelzen rapide ab – und mit ihnen das Eigenkapital. Konkurrenzinstitute in Frankreich oder Großbritannien sind jetzt klar im Vorteil.

Per 31. Dezember 2008 könnte etwa die staatlich gestützte Commerzbank ein Ei-



HANNELORE FOERSTER / ECOPIX FOTAGENTUR

EZB-Präsident Trichet: Zahlmeister für ein „free lunch“ der Spekulanten?



genkapital von über 22 Milliarden Euro ausweisen. Aber wegen der negativen Bewertungsrücklage von 2,2 Milliarden Euro kann Vorstandschef Martin Blessing nur 19,9 Milliarden Euro verbuchen. Bei Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann betrug die Differenz zum selben Stichtag 882 Millionen Euro, bei der von ihm übernommenen Postbank 724 Millionen Euro.

Mit diesem Automatismus soll jetzt Schluss sein. Weimar fordert die Abschaffung und findet bei Steinbrück volles Verständnis. Anpassungen stehe man „grundsätzlich offen gegenüber“, lässt der Minister den Hessen wissen. Die Arbeiten dazu würden die zuständigen Stellen „intensiv vorantreiben“. Vor einem endgültigen Entscheid „steht noch eine Anhörung der Kreditwirtschaft an“, bestätigt eine BMF-Sprecherin.

Abhilfe ist dringend nötig, sonst schrumpft das Eigenkapital weiter, und die Banken müssen ihre Kredite noch mehr einschränken – mit der Folge, dass noch mehr Firmen pleitegehen und noch mehr Firmenkredite abgeschrieben werden müssen, was das Kapital noch weiter schrumpfen ließe: Die Krise nährt die Krise.

Für viele Firmenkunden heißt das: Sie haben keine Chance, von der Bank Geld zu bekommen – egal zu welchem Zinssatz und gleichgültig, wie viel Liquidität die Notenbank zur Verfügung stellt.

Die Versuchung unter den Bankern ist deshalb groß, das Geld gewinnbringend anzulegen. „Das ist ein echtes free lunch“, ein kostenloses Mittagessen, sagt ein Frankfurter Banker. Und ein Geschenk für Zocker und Spekulanten innerhalb der Institute. Für solch ein profitables Geschäft nehmen sie offenbar auch die öffentliche Empörung in Kauf.

Gegen Kritik an ihrem Verhalten sind die Banken weitgehend immun. Denn dass zum Beispiel Leitzinsänderungen in Deutschland nur unzureichend an die Kunden weitergegeben werden, bringt Verbraucherschützer seit Jahrzehnten in Rage. Immer wieder haben sie dieses Verhalten angeprangert – ohne Erfolg, wie sich jetzt wieder zeigt.

So sank der durchschnittliche Zinssatz für Überziehungskredite an private Haushalte laut Bundesbank seit vergangener Oktober um rund einen Prozentpunkt, von 12,1 auf 11,0 Prozent. Konsumentenkredite verbilligten sich um 0,5 Punkte auf 5,3 Prozent, Baugeld mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren sogar um 1,4 Prozentpunkte auf 4 Prozent. Es liegt damit ziemlich nahe am historischen Tief.

Die Leitzinsen fielen in den vergangenen zwölf Monaten allerdings um 3,25 Prozentpunkte. So schlecht sind die Zeiten der Krise für Banken also gar nicht.

Vorausgesetzt, sie haben genügend Kapital, um zu überleben.

BEAT BALZLI, ARMIN MAHLER,
WOLFGANG REUTER

TELEKOMMUNIKATION

Hertz ist Trumpf

Die Bundesnetzagentur will in einer großen Auktion neue Mobilfunkfrequenzen versteigern.

Dabei gefährdet sie den Wettbewerb auf dem deutschen Handy-Markt.

In der Rolle des Angreifers fühlt sich E-Plus-Chef Thorsten Dirks wohl. Seit seinem Amtsantritt vor gut zwei Jahren hat er die Handy-Branche verändert wie kaum ein anderer Mobilfunker zuvor.

Mit neuen Marken wie Base oder Simyo brachte E-Plus die Platzhirsche Vodafone und T-Mobile in Bedrängnis und bescherte Verbrauchern mit Flatrate-Tarifen kräftige Kostensenkungen bei ihren Telefonaten. Auch die Marktanteile und Gewinne des Handy-Unternehmens zogen kräftig an.

Doch mit der guten Laune ist es seit einigen Tagen vorbei. Dirks und seine Truppe sehen sich unvermittelt in der Defensive. Dem Unternehmen droht ein schwerer Rückschlag, vielleicht sogar eine Blockade beim künftigen Datengeschäft.

Dabei sind es nicht einmal Konkurrenten, die E-Plus in Bedrängnis bringen. Ge-



Kundin im Handy-Laden: Blockade beim Datengeschäft

fahr droht ausgerechnet von der eigentlich für fairen Wettbewerb zuständigen Bundesnetzagentur. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben deren Beamte einen folgenreichen Coup vorbereitet.

Wie schon bei der UMTS-Auktion vor neun Jahren will die Behörde demnächst ein weiteres Frequenzpaket versteigern. Darunter befindet sich auch die sogenannte Digitale Dividende; das sind Frequenzen, die von den Rundfunkanstalten nicht mehr zur Ausstrahlung der Programme benötigt werden. Die unscheinbaren Frequenzbänder sind für die Versorgung mit breitbandigem Internet von hohem Wert. Denn mit Hilfe neuester Mobilfunktechnik kann über sie schnelles Internet zu kostengünstigen Preisen auch in abgelegene Gebiete übertragen werden.

Genau auf diese Aufgabe haben sich die vier deutschen Mobilfunknetzbetreiber T-Mobile, Vodafone, O2 und E-Plus auch vorbereitet. Doch statt allen Unternehmen – wie ursprünglich erwogen – eine faire Möglichkeit zu bieten, sich bei der Auktion mit genügend Frequenzen zu versorgen, wählt die Bundesnetzagentur einen anderen, fragwürdigen Weg.

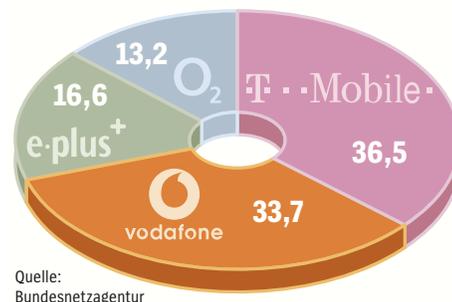
Unter dem Lobbydruck der beiden Platzhirsche schaffte sie Auktionsbedingungen, bei denen die kleinen Netzbetreiber O2 und E-Plus nach deren Ansicht massiv benachteiligt werden. So sollen T-Mobile und Vodafone bei der Auktion in einigen Monaten Frequenzblöcke in der Größenordnung von 20 Megahertz ersteigern können, obwohl sie in diesem Bereich bereits üppig ausgestattet sind. Schlagen die Telefongiganten zu – woran kein Zweifel besteht –, blieben für die Konkurrenten jeweils nur noch zwei Blöcke à fünf Megahertz übrig.

Das ist, sagen Experten, zu wenig, um im Datengeschäft mitmischen zu können. Es sei denn, eines der beiden Unternehmen steigt aus und überlässt dem anderen den Zugriff auf die Frequenzen. Genau das, glaubt man bei E-Plus, könnte das Ziel der Aktion sein.

Entsprechend harsch fiel die Reaktion aus. So schickte E-Plus vor wenigen Tagen

Die Mobilfunker

Marktanteile der Netzbetreiber in Deutschland 2008 in Prozent



Quelle:
Bundesnetzagentur

Beschwerdebriefe an Landes- und Bundespolitiker. Der Vorwurf: Mit dem vorgeschlagenen Verfahren greife der Staat „zu Lasten“ kleiner Anbieter einseitig in den Markt ein. Unternehmen und der Wettbewerb würden so „nachhaltig beschädigt“.

Erste Rückmeldungen auf die Kritik sind positiv. So signalisierte etwa das bayerische Wirtschaftsministerium, dass man Einschränkungen des Wettbewerbs nicht hinnehmen wolle.

Und es scheint nicht ausgeschlossen, dass die Behörde nachbessern muss. Zumindest verbal stellt man sich auf Rückzug ein. „Beim kritisierten Verfahren“, heißt es dort, handle es sich nur um einen „Entwurf“, der noch diskutiert und verändert werden könne.

FRANK DOHMEN